



American Jewish Committee
A Century of Leadership

David A. Harris
Executive Director

Leitfaden für Unschlüssige

AJC

David A. Harris
Geschäftsführer
American Jewish Committee

*Die Geschichte Israels ist die wundersame Verwirklichung einer
geistigen Verbindung, die durch dreieinhalb Jahrtausende
hindurch zwischen einem Land, einer Sprache,
einem Volk und einer Vision Bestand hatte.*

*Es ist eine bewegende Geschichte von Beharrlichkeit und
Entschiedenheit, von Mut und Erneuerung –
und vom Sieg der Hoffnung über die Verzweiflung.*

David A. Harris
In the Trenches (2000)

Der Nahe Osten scheint immer eine Meldung wert zu sein. Kaum ein Tag vergeht ohne neue Nachrichten aus Israel oder über Vorkommnisse im Zusammenhang mit dem arabisch-israelischen Konflikt. Doch leider gehen dabei die historischen Zusammenhänge zunehmend verloren – bedingt durch das kurzatmige Schnellfeuer der Nachrichtenmeldungen unserer Tage.

Dieser Aufsatz soll dem Interessierten einige Perspektiven und Argumente an die Hand geben – historische ebenso wie aktuelle. Dabei wird jedoch nicht beansprucht das Thema umfassend darzustellen.

Die Argumente für die Sache Israels sind heute so stark wie eh und je

Konfrontiert mit den aktuellen Ereignissen, sollte der interessierte und wohlmeinende Zeitgenosse folgende grundlegenden Tatsachen nie aus dem Auge verlieren:

- (a) Israel ist seit 53 Jahren auf der Suche nach Frieden und Sicherheit.
- (b) Israels Existenz steht in realer Gefahr. Dieses Land, selbst nicht größer als New Jersey oder Wales, dessen Fläche gerade mal zwei Drittel Belgiens oder ein Prozent Saudi-Arabiens ausmacht, ist umgeben von feindlichen, hoch gerüsteten Staaten. *(Die Fläche Israels entspricht dem Bundesland Hessen. Anm. d. dt. Übersetzerin)*
- (c) Israel hält – als einziges Land in der Region – unbeirrbar an seinen demokratischen Errungenschaften fest: an freien und gleichen Wahlen, an geregelten Machtübergaben, an der zivilen Kontrolle über das Militär, an der Rede-, Presse-, Glaubens- und Versammlungsfreiheit und an einer unabhängigen Justiz.

- (d) Die Bedrohung durch Extremismus und Terrorismus verbindet Israel, die USA, Europa, Indien, Australien, Russland und die gemäßigten islamischen Staaten miteinander.
- (e) Israel leistet beeindruckende, und wahrhaft wegweisende Beiträge zur Zivilisation der Welt im Bereich der Wissenschaften, der Medizin, der Technologie, der Landwirtschaft und der Kultur – Beiträge, die um so bemerkenswerter sind, wenn man bedenkt, wie jung das Land ist und wie immens seine militärischen Aufwendungen für die Selbstverteidigung sind und sein müssen. Doch diese Bedingungen werden leider allzu oft zugunsten einer vordergründigen Berichterstattung über aktuelle Konflikte und Gewaltakte vernachlässigt.

Kein Land kann sich in Hinblick auf seine Geschichte einer gänzlich weißen Weste rühmen. Auch Israel hat, genau wie andere Demokratien, Fehler gemacht. Diese einzugestehen ist eine nationale Stärke – keine Schwäche. Und wenn es darum geht, jene Werte hoch zu halten, die der demokratischen Welt am Herzen liegen, braucht Israel den Vergleich weder mit anderen Ländern der Region noch mit der restlichen Welt zu scheuen.

Israel kann stolz auf seine Geschichte sein. Und seine Freunde in aller Welt sollten sich nicht scheuen, dies laut zu verkünden. Diese Geschichte begann lange vor der Errichtung des modernen Staates Israel im Jahr 1948.

Das jüdische Volk ist untrennbar und unwiderlegbar mit dem Land Israel verbunden

Diese Verbundenheit ist seit fast viertausend Jahren bezeugt.

Das erste Beweisstück hierfür ist die Hebräische Bibel. Sie enthält die fünf Bücher Mose. Das erste Buch, die Genesis, erzählt die Geschichte von Abraham und seinem Bund mit dem Einzigen Gott und von dem Auszug des Volkes Israel aus Ur (im heutigen Irak) nach Kanaan. Dies ist die Region, die in etwa dem Gebiet des heutigen Israels entspricht. Das Buch Numeri, das vierte Buch der Thora, enthält die folgenden Worte: „Und der HERR redete mit Mose und sprach: Sende Männer aus, die das Land Kanaan erkunden, das ich den Kindern Israels geben will.“ Das geschah am Ende einer vierzigjährigen Wanderschaft der Israeliten, die nicht nur einfach auf der Suche nach einer sicheren Zuflucht vor den Ägyptern waren, sondern zugleich auf der Suche nach dem verheißenen Land – nach jenem Land, das heute Israel genannt wird.

Und das sind nur zwei von vielen Hinweisen auf dieses Land und seine zentrale Bedeutung für die jüdische Geschichte und Identität.

Das zweite Beweisstück für diese Verbundenheit ist das jüdische Gebetsbuch, wie es seit Jahrhunderten überall in der Welt benutzt wird. Die Erwähnungen Zions, des Landes Israel, in der Liturgie sind schier endlos.

Die gleiche starke Verbundenheit ist verbürgt zwischen dem jüdischen Volk und Jerusalem

Sie reicht zurück bis in die Regierungszeit König Davids, der vor ungefähr 3000 Jahren lebte und Jerusalem zur Hauptstadt Israels erhob. Seither bedeutet Jerusalem für das Jüdische Volk nicht nur das geographische Zentrum. Es ist das spirituelle und metaphysische Herz seines Glaubens und seiner Identität. Wo auch immer auf der Welt Juden beten, wenden sie ihr Gesicht gen Jerusalem. Tatsächlich ist die Beziehung zwischen Jerusalem und dem jüdischen Volk einmalig in den Annalen der Geschichte.

In Jerusalem standen zwei Tempel: der erste wurde von König Salomon um 1000 v.u.Z. errichtet und während der babylonischen Eroberung im Jahr 568 v.u.Z. zerstört; der zweite wurde kaum ein knappes Jahrhundert später erbaut, von König Herodes neu ausgestaltet und im Jahr 70 n.u.Z. von römischen Truppen verwüstet.

Schon in den Psalmen heißt es: „Vergesse ich dein, O Jerusalem, lass' meine rechte Hand verdorren; meine Zunge soll an meinem Gaumen kleben, wenn ich deiner nicht gedenke, wenn ich Jerusalem nicht gedenke, selbst in meiner glücklichsten Stunde.“

In einem Kommentar zur Hebräischen Bibel finden sich die Worte: „Es ist ein Jerusalem in der Höhe, das unserm Jerusalem hienieden gleicht. Aus Liebe zum irdischen Jerusalem schuf Gott sich ein zweites im Himmel.“ Und seit dreitausend Jahren wiederholen Juden bei jedem Passahfest die Verheißung: „Nächstes Jahr in Jerusalem.“

Trotz der gewaltsamen Zerstreuung der Juden in alle Welt über einen Zeitraum von fast 1900 Jahren, blieb ihre Sehnsucht nach Zion und Jerusalem stets lebendig

Es steht geschrieben im Buch Jesaja: „Um Zions willen will ich nicht schweigen, und um Jerusalems willen will ich nicht innehalten...“

Diese Sehnsucht manifestierte sich nicht nur im Gebet. Immer hat es auch Juden gegeben, die im Land Israel und besonders in Jerusalem lebten, obwohl ihre Unversehrtheit dort oft bedroht war. In der Tat stellen sie seit dem 19. Jahrhundert die Bevölkerungsmehrheit dieser Stadt. So weist z. B. das *Political Dictionary of the State of Israel* darauf hin, dass 1892 die Juden 61.9 Prozent der Bevölkerung Jerusalems ausmachten.

Diese historische und religiöse Verbundenheit mit Jerusalem ist besonders deshalb so wichtig, weil einige Publizisten auf arabischer Seite versuchen, die Geschichte umzuschreiben. Sie versuchen zu belegen, dass die Juden in dieser Region eigentlich nichts weiter als „fremde Besatzer“ oder „Kolonisten“ seien, die keine echte Bindung an das Land hätten. Solche Versuche, Israels rechtmäßigen Anspruch zu leugnen, sind falsch und müssen als die Lügen entlarvt werden, die sie sind. Diese Leute ignorieren die „unpassende“ Tatsache, dass Jerusalem unter muslimischer (d.h. ottomanischer, später jordanischer) Herrschaft nicht mehr als ein Provinznest war. Nie konnte es sich zu einem politischen, religiösen oder wirtschaftlichen Zentrum entwickeln. Von 1948 bis 1967, als die Stadt in jordanischer Hand war, fiel es keinem einzigen arabischen Staatsmann ein, der Stadt einen Besuch abzustatten. Und kein Angehöriger des saudi-arabischen Herrscherhauses sprach je sein Gebet in der Al-Aksa-Moschee in Ostjerusalem.

Zionismus ist das Streben des jüdischen Volkes nach nationaler Selbstbestimmung

Obleich die Sehnsucht nach einer Heimat für alle Juden einem Jahrtausende alten Verlangen entspringt, das schon in klassischen jüdischen Texten beredten Ausdruck fand, wurde sie doch auch durch die Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit neu belebt.

Theodor Herzl, der als der „Vater des modernen Zionismus“ gilt, lebte in Wien. Als weltlicher Jude und Journalist entsetzte ihn der aggressive Antisemitismus, der in der berühmten Dreyfus-Affaire ausgerechnet in Frankreich zum Ausdruck kam. Frankreich war schließlich das erste europäische Land gewesen, das den Juden die vollen Bürgerrechte garantiert hatte. Ähnliches musste er in seiner Heimat beobachten, im österreichisch-ungarischen Kaiserreich. Diese Erfahrungen ließen ihn zu

dem unausweichlichen Schluss gelangen, dass den Juden in den europäischen Gesellschaften als Minderheit niemals völlige Gleichheit gewährt werden würde, da das traurige Erbe eines jahrhundertealten Antisemitismus viel zu tief in ihnen verwurzelt sei. So kam es, dass Herzl zur Gründung eines Judenstaates aufrief, den er 1896 in seinem Aufsehen erregenden Werk „Der Judenstaat“ skizzierte.

Herzls Vision wurde vom britischen Außenminister, Lord Balfour, nachdrücklich unterstützt. In einer Rede am 2. November 1917 gab Balfour folgende Stellungnahme ab:

„Die Regierung Seiner Majestät betrachtet die Gründung einer nationalen Heimstatt für das jüdische Volk in Palästina mit Wohlwollen und wird alle Anstrengungen unternehmen, die Erreichung dieses Ziels zu fördern, wobei es klar sein muss, dass nichts getan werden darf, was die bürgerlichen oder religiösen Rechte der nicht-jüdischen Gemeinschaften in Palästina hintanstellt oder den rechtlichen und politischen Status verändert, den die Juden in anderen Ländern innehaben.“

Als der Völkerbund 1922 Großbritannien mit dem Mandat über Palästina betraute, erkannte er zugleich die „historische Verbindung des jüdischen Volkes mit Palästina“ an.

Der Aufstieg Adolf Hitlers und die nationalsozialistische Politik der „Endlösung“, die von Deutschland und seinen Verbündeten betrieben und durch weit verbreitete Komplizenschaft anderer Nationen sowie deren Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Juden gefördert wurde, offenbarte in tragischem Ausmaß die unabdingbare Notwendigkeit der Errichtung eines jüdischen Staates. (Übrigens gehörte Amin el-Husseini, der Großmufti von Jerusalem, zu den enthusiastischsten Befürwortern des nationalsozialistischen Völkermordes an den Juden.)

Nur in einem eigenen Staat, so glaubten die Zionisten ebenso wie ihre nicht-jüdischen Freunde, wären Juden zur Bestimmung ihres Schicksals nicht mehr auf den „guten Willen“ anderer angewiesen. Alle Juden wären eingeladen, sich in diesem Staat niederzulassen – ganz gleich, ob sie vor Verfolgung fliehen mussten oder ihrer „Sehnsucht nach Zion“ folgen wollten. Und in der Tat war es besonders der letzte Punkt, der die Hoffnung und die Vorstellungskraft vieler belebte, die sich im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert aus idealistischer Überzeugung in der weitgehend trostlosen Landschaft des damaligen Palästinas niederließen. Diese Siedler waren es, die die Grundfesten für den modernen Staat Israel legten.

Wenn ich von der ‚Trostlosigkeit‘ Palästinas spreche, beziehe ich mich auf den amerikanischen Autor und Humoristen Mark Twain, der das Gebiet 1867 bereiste. Er beschrieb es wie folgt:

„... (ein) desolates Land, dessen Boden reichhaltig genug ist, aber vollkommen dem Unkraut überlassen wurde – eine stille, traurige Fläche ... Es herrscht hier eine Trostlosigkeit, die man nicht einmal in der Phantasie mit Leben und Trubel verschönern kann... Auf der ganzen Route haben wir keinen Menschen getroffen ... Es war kaum ein Baum oder ein Strauch irgendwo zu sehen. Sogar der Olivenbaum und der Kaktus, die raschen Freunde wertlosen Bodens, sind fast ausgestorben.“

Springen wir für einen Moment in die Gegenwart: Heute nimmt jeder Besucher Israels die an ein Wunder grenzende Verwandlung dieses Landes mit eigenen Augen wahr. Wälder wurden angepflanzt und liebevoll gepflegt, der Boden wurde bewässert und gepflegt, und Städte und Dörfer wurden errichtet.

Böswillig verdrehen Israels Gegner bis zum heutigen Tag den Inhalt des Zionismus – der Bewegung, deren Ziel die Selbstbestimmung des jüdischen Volkes war – und stellen ihn als eine dämonische Kraft dar. Palästina, so behaupten sie, sei von den arabischen Einwohnern gut bewirtschaftet worden, bis sie irgendwie von den ankommenden Juden beiseite geschubst wurden. Dahinter steckt aber nur die Absicht, Israels Existenzberechtigung auszuhöhlen und den jüdischen Staat innerhalb der Staatengemeinschaft zu isolieren.

Eine solche Isolation fand beispielsweise 1975 statt, als die Vollversammlung der UNO gegen schwere Einwände vieler demokratischer Länder (unter anderem Englands, Frankreichs, West-Deutschlands und Kanadas) eine Resolution verabschiedete, in der Zionismus als eine Form des „Rassismus“ bezeichnet wurde. Diese Resolution wurde erst 1991 von der UNO wieder aufgehoben. Der gleiche Vorwurf tauchte 2001 jedoch ausgerechnet auf der *Weltkonferenz gegen Rassismus* in Durban, Südafrika, wieder auf. Dem arabischen Block gelang es allerdings bei diesem jüngsten Versuch nicht, eine Verurteilung des Zionismus in den Konferenzdokumenten festzuhalten. Zu viele Nationen hatten inzwischen begriffen, dass der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern ein politischer und kein rassistischer ist – und immer schon ein solcher war.

Übrigens ist der immer wiederkehrende Versuch, den Zionismus als eine Variante des Rassismus zu brandmarken, ein Beispiel für schamlose Heuchelei. Es sind die arabischen Nationen, die sich ganz offen durch ihre ethnische Zugehörigkeit definieren und damit alle nicht arabischen Gruppen aus ihrer Nation ausschließen – wie die Berber und die Kurden. Dasselbe gilt für die Religion. Der Islam ist die Staatsreligion in allen arabischen Ländern mit Ausnahme des Libanon; zwangsläufig werden alle anderen Konfessionen, insbesondere die christlichen

Minderheiten, an den Rand der Gesellschaft gedrängt.

Es scheint angebracht, in diesem Zusammenhang einmal an Martin Luther Kings Kommentar zum Anti-Zionismus zu erinnern:

„Und was ist Anti-Zionismus? Es ist die Verweigerung jener fundamentalen Rechte gegenüber den Juden, die wir gerechterweise für die Völker Afrikas und für alle Stämme und Nationen weltweit einfordern. Es ist Diskriminierung von Juden, meine Freunde, nur weil sie Juden sind. Kurzum, es ist Antisemitismus . . . Lasst meine Worte in der Tiefe Eurer Seele nachklingen: Wenn Menschen den Zionismus kritisieren, meinen sie damit die Juden – da sollte man sich nichts vormachen.“

Es ist wichtig, immer wieder darauf hinzuweisen, dass Nicht-Juden keineswegs vom Aufbau des israelischen Staatswesens ausgeschlossen wurden. Im Gegenteil: Heute sind ein Fünftel aller israelischen Bürger Nicht-Juden, darunter eine Million Araber, und Arabisch ist eine der offiziellen Landessprachen.

Darüber hinaus weist Israels jüdische Bevölkerung eine enorme Vielfalt hinsichtlich ihrer nationalen, kulturellen und sprachlichen Herkunft auf. Diese Spannbreite erweiterte sich noch in den 80er-Jahren. Zehntausende von schwarzen Juden aus dem von Dürre heimgesuchten Äthiopien wurden damals von Israel aufgenommen, wodurch deren Traum von einer Heimkehr nach Israel wahr wurde. Julius Chambers, Generaldirektor der Stiftung für Rechtsvertretung und Bildungsfragen der NAACP (Nationale Assoziation zur Förderung Schwarzer Amerikaner), erfasste die Bedeutung dieser Aktion mit deutlichen Worten. Hier sei auch an seine Rede erinnert:

„Wären die Opfer der äthiopischen Hungersnot weiß gewesen, hätten ihnen wahrschein-

lich zahllose Nationen Asyl geboten. Doch diese Menschen, die Tag für Tag in Äthiopien und im Sudan verhungern, sind schwarz, und in einer Welt, in der Rassismus offiziell von jeder rechtmäßigen Regierung verpönt wird, gab es nur eine nicht-afrikanische Nation, die ihre Grenzen und ihre Arme für sie öffnete. Diese stille humanitäre Aktion des Staates Israel, eine Rettungsaktion, die völlig ohne Ansehen der Hautfarbe der Geretteten durchgeführt wurde, stellt in sich selbst eine weit stärkere Verurteilung von Rassismus dar, als es bloße Reden und Resolutionen je könnten. „

Der arabisch-israelische Konflikt war vermeidbar

Kurz nach ihrer Gründung im Jahre 1945 richteten die Vereinten Nationen ihr Augenmerk auf die Zukunft des Mandatsgebiets Palästina, das damals noch unter britischer Herrschaft stand. Eine UNO-Sonderkommission zur Palästinafrage (UNOSCO: *United Nation Special Committee on Palestine*) empfahl der Generalversammlung die Aufteilung des Gebietes zwischen Juden und Arabern. Keine der beiden Seiten hätte damit ihre territorialen Vorstellungen verwirklichen können, doch die Teilung sollte anerkennen, dass es in diesem Land zwei Völker gab – ein jüdisches und ein arabisches. Beide hätten berechtigten Anspruch auf ihren eigenen Staat.

Am 29. November 1947 nahm die Generalversammlung der UNO mit 33 Ja-Stimmen, 13 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen die Resolution 181 an, die als „UN-Teilungsplan“ bekannt wurde.

Die Ratifizierung des Teilungsplans hätte die Etablierung von zwei Staaten zur Folge gehabt, doch die arabischen Staaten und die arabische Bevölkerung wiesen diesen Plan vehement zurück. Sie weigerten sich, einen jüdischen Anspruch auf irgendeinen Teil Palästinas anzuerkennen und entschlossen

sich zum Krieg, um die Juden zu vertreiben. Diese Weigerung ist immer der Kern des Konflikts gewesen – damals wie heute.

Einige arabische Länder und der Iran – von den palästinensischen Terrororganisationen ganz zu schweigen – weigern sich auch 57 Jahre nach der Gründung des Staates Israel noch, sein pures Existenzrecht, in welchen Grenzen auch immer, anzuerkennen.

Am 14. Mai 1948 wurde der moderne Staat Israel gegründet. Winston Churchill erfasste die Bedeutung dieses Ereignisses mit den folgenden Worten:

„Die Entstehung eines jüdischen Staates ... ist ein Ereignis der Weltgeschichte, deren Bedeutung man nicht aus der Perspektive einer Generation oder eines Jahrhunderts ermessen kann, sondern aus der Perspektive von tausend, zweitausend oder vielleicht gar dreitausend Jahren.“

Jahre später bot auch der amerikanische Präsident John F. Kennedy seine Sichtweise der Bedeutung von Israels Wiedergeburt an, die sich jetzt – 1900 Jahre nach seiner letztmaligen Existenz als souveräner Staat – ereignet hatte:

„Israel wurde nicht erschaffen, um wieder zu verschwinden – Israel wird Bestand haben und erblühen. Es ist das Kind der Hoffnung und die Heimat der Mutigen. Es kann weder von Not und Unglück gebrochen noch durch den Erfolg verdorben werden. Es trägt das Wappen der Demokratie und ehrt das Schwert der Freiheit.“

Die Deklaration zur Staatsgründung Israels enthält zum Thema Frieden die folgenden Worte:

„Wir strecken all unseren Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand entgegen und bieten ihnen Frieden und gute Nachbarschaft an. Wir rufen sie auf, Bande der Kooperation und

der gegenseitigen Hilfe mit dem souveränen Volk der Juden, das sich in seinem eigenen Land zum Wohle aller niedergelassen hat, zu knüpfen.“

Es ist eine Tragödie, dass dieses Angebot ignoriert wurde – ebenso wie so viele andere, die jüdische Politiker ihren arabischen Nachbarn in den Monaten vor der Staatsgründung unterbreitet hatten.

Am 15. Mai 1948 griffen die Armeen Ägyptens, Iraks, Jordaniens, Syriens und des Libanon den jungen jüdischen Staat mit dem Ziel seiner Vernichtung an.

Dieser von den Arabern angezettelte Krieg hatte negative Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung – wie das in jedem Krieg der Fall ist. Bis heute herrschen Meinungsverschiedenheiten darüber, wie viele Araber aus Israel flohen, weil entweder ihre Anführer sie dazu aufriefen oder ihnen drohten, falls sie dem Appell keine Folge leisten würden; oder wie viele schlicht vor dem Krieg flüchteten und wie viele von der israelischen Armee vertrieben wurden. Fest zu halten bleibt, dass schließlich Hunderttausende von Arabern in Israel geblieben und Bürger dieses Staates geworden sind.

Der Hauptpunkt aber darf nicht übersehen werden: dass arabische Länder den Krieg begannen, um die 650.000 Juden im neuen Staat Israel zu vernichten, und dass sie damit den UNO-Plan unterliefen, der die Gründung von zwei Staaten, einem jüdischen und einem arabischen, vorsah.

Der arabisch-israelische Konflikt hat zwei Völker zu Flüchtlingen werden lassen – nicht nur eines.

Während die Augen der Welt sich auf die palästinensischen Flüchtlinge richteten, blieb das furchtbare Los der Juden aus den arabi-

schen Ländern, von denen Hunderttausende ebenfalls zu Flüchtlingen wurden, weitgehend unbeachtet. Die Größe beider Gruppen halten viele Experten sogar für annähernd vergleichbar. Dennoch bestand zwischen ihnen ein grundlegender Unterschied: Israel hat die jüdischen Flüchtlinge umgehend aufgenommen und integriert. Die palästinensischen Flüchtlinge dagegen wurden in Lagern untergebracht – dieser Zustand dauert nun bereits mehrere Generationen an und die Flüchtlingslager dienen als Faustpfand für die politischen Kalkulationen der Araber. Mitschuld daran trägt die UNO.

Weltweit gibt es heute keine vergleichbare Flüchtlingsgruppe, die derart zynisch instrumentalisiert und ausgebeutet wird

Bis jetzt hat erst ein einziges arabisches Land – Jordanien – den palästinensischen Flüchtlingen die Staatsbürgerschaft angeboten.

Die anderen 21 arabischen Länder, die nicht nur über riesige Territorien verfügen, sondern auch mit den Palästinensern eine gemeinsame Sprache, Religion und ethnische Zugehörigkeit teilen, weigern sich bisher Ähnliches zu tun. Warum? Bedauerlicherweise haben sie offenbar wenig Interesse daran, die erbärmlichen Lebensumstände der Flüchtlinge in ihren meist heruntergekommenen Lagern zu verbessern. Sie ziehen es vor, diese Leute zum Hass auf Israel zu erziehen und sie als Hauptwaffe im Kampf gegen Israel einzusetzen.

Nur um ein Beispiel zu nennen und einen Eindruck davon zu vermitteln, wie die Palästinenser in der arabischen Welt behandelt werden, sei an Kuwaits Verhalten während des Golfkrieges 1990-91 erinnert: Als Yassir Arafat den Irak Saddam Husseins gegen Kuwait unterstützte, verwies Kuwait mehr als 300.000 Palästinenser, die dort arbeiteten

(aber nie einen kuwaitischen Pass erhielten), des Landes. Sie wurden sofort als mögliche fünfte Kolonne verdächtig. Von den anderen arabischen Ländern war kein Laut des Protestes zu vernehmen, als die Vertreibung der gesamten palästinensischen Gemeinde Kuwaits von statten ging. Der Libanon – und dies ist wirklich schwer zu glauben, denn dieses Land hatte hunderttausenden Palästinensern jahrzehntelang eine Heimat geboten – verbot damals den Palästinensern per Gesetz die Betätigung in bestimmten Berufen und Branchen.

Leider wird die Geschichte der aus arabischen Ländern vertriebenen Juden allzu selten erzählt.

Bringt man das Thema der jüdischen Flüchtlingen aus arabischen Ländern zur Sprache, wird von arabischer Seite häufig Uninformiertheit vorgetäuscht, oder es wird behauptet, die Juden hätten unter muslimischer Herrschaft ein gutes Leben geführt (im Gegensatz zu den Juden im christlichen Europa). Manchmal wird auch scheinheilig argumentiert, Araber könnten per definitionem keine Antisemiten sein, weil sie Semiten wie die Juden auch seien.

Es trifft zweifellos zu, dass Juden in muslimischen Ländern keine dem Holocaust vergleichbaren Erfahrungen machen mussten, und es ist ebenso wahr, dass es immer wieder Perioden der Kooperation und Harmonie gab. Doch das ist nicht das Ende der Geschichte. Juden haben in islamischen Ländern nie wirklich die gleichen Rechte gehabt wie Muslime; meistens mussten sie sich eindeutig definierten Verhaltensregeln für Juden (und Christen) beugen, die sie als zweitklassige Bürger abstempelten. In der Welt des Islam war Gewalt gegen Juden keineswegs unbekannt.

Um nur ein Beispiel anzuführen: Juden lebten seit der Zeit der Phönizier ununterbro-

chen in Libyen – also genau genommen sehr viele Jahrhunderte früher als die Araber, die, von der arabischen Halbinsel kommend, den Islam in Nordafrika verbreiteten und dort Gebiete besiedelten – oder soll ich sagen „besetzten“? –, die unter anderen Völkern bereits von den einheimischen Berbern bewohnt wurde.

Die große Mehrheit der 40.000 Juden Libyens verließ das Land zwischen 1948 und 1951 in Folge der Pogrome von 1945 und 1948. 1951 wurde Libyen unabhängig. Trotz der Verfassungsgarantien wurden den Juden, die im Land verblieben, das Wahlrecht, der Zugang zu öffentlichen Ämtern, der Besitz eines libyschen Passes, die Selbstverwaltung ihrer Gemeinden und der Erwerb von Grundstücken verwehrt. Nach einem dritten Pogrom im Jahre 1967 flohen auch die letzten der 4.000 verbliebenen Juden aus Libyen; sie durften nur jeweils einen Koffer und Bargeld im Wert von 50 Dollar mitnehmen. 1970 verkündete die libysche Regierung eine Reihe von Gesetzen zur Konfiszierung des Vermögens exilierter libyscher Juden und legte eine Staatsanleihe auf, mit Hilfe derer im Verlauf der nächsten 15 Jahre eine gerechte Entschädigung gezahlt werden sollte. Doch 1985 kam und ging vorbei – ohne dass irgendein Ausgleich gezahlt wurde.

Zur gleichen Zeit ließ die Regierung jüdische Friedhöfe zerstören und mit den Grabsteinen neue Straßen pflastern. Dies war Teil einer gezielten Kampagne, um auch die letzten Spuren der historischen Präsenz der Juden in diesem Land zu tilgen.

1948, im Jahr der Staatsgründung Israels, lebten schätzungsweise 750.000 Juden in arabischen Ländern; heute sind es nur noch knapp 6.000, von denen der Großteil in Marokko und Tunesien lebt.

Wo war das Mitgefühl der Araber für die palästinensische Bevölkerung von 1948 bis 1967?

Als Israels Unabhängigkeitskrieg 1949 durch ein Waffenstillstandsabkommen beendet wurde, befand sich der Gazastreifen in den Händen Ägyptens. Statt der örtlichen arabischen Bevölkerung und den palästinensischen Flüchtlingen, die sich dort niedergelassen hatten, die Selbstverwaltung anzubieten, stellte die ägyptische Regierung das Land unter Militärherrschaft. Die Westbank und der Ostteil Jerusalems befanden sich zu dieser Zeit unter jordanischer Herrschaft. Auch hier bestand niemals der geringste Ansatz zur Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates. Im Gegenteil: Jordanien annektierte das Gebiet – ein Schritt übrigens, der weltweit nur von zwei Ländern anerkannt wurde: Großbritannien und Pakistan.

In diese Periode fiel die Gründung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Ihr Ziel war nicht die Bildung eines eigenen Staates auf den Gebieten, die unter ägyptischer und jordanischer Oberhoheit standen, sondern ihr Ziel war die Vernichtung Israels und die Gründung eines arabisch-palästinensischen Staates in ganz Palästina.

Artikel 15 der PLO-Gründungsurkunde drückt das eindeutig aus:

„Aus arabischer Sicht wird die Befreiung Palästinas als eine nationale Pflicht mit dem Ziel betrachtet, die zionistische und imperialistische Invasion in unser großes arabisches Heimatland abzuwehren und die zionistische Präsenz in Palästina auszumerzen.“

In den folgenden Jahren forderte der von der PLO finanzierte Terrorismus seinen grausamen Blutzoll vor allem von israelischen und jüdischen, aber auch von amerikanischen

und europäischen Zielen, die er in sein Visier nahm. Schulkinder, Olympia-Sportler, Flugzeugpassagiere, Diplomaten und sogar ein auf seinen Rollstuhl angewiesener Tourist auf einer Kreuzfahrt – sie alle wurden zur Opfern der Terroristen.

Wie kam Israel in den Besitz der Westbank, der Golanhöhen, des Gaza-Streifens, des Sinai und Ostjerusalems mitsamt seiner Altstadt?

Heute sprechen manche reflexartig von den „besetzten Gebieten“, ohne je die Frage zu stellen, wie diese 1967 in die Hände Israels fielen. Wieder einmal versuchen einige Stimmen aus dem arabischen Lager die Geschichte umzuschreiben und Israel expansionistische Motive zu unterstellen. Die Tatsachen sprechen jedoch für sich. Hier nun eine kurze Zusammenfassung der Ereignisse, die zum Sechs-Tage-Krieg führten:

Am 16. Mai 1967 verkündete Radio Kairo: „Die Existenz Israels währt bereits viel zu lange. Der Tag der Schlacht, in der wir Israel vernichten werden, ist gekommen.“ An gleichen Tag verlangte Ägypten den Abzug der UNO-Truppen, die seit 1957 in Gaza und Sharm el-Sheikh stationiert waren. Drei Tage danach gab die UNO zu ihrer großen Schande bekannt, sie werde der Forderung Ägyptens nachkommen.

Am 19. Mai verkündete Radio Kairo: „Araber, dies ist unsere Chance, Israel den Todesstoß zu versetzen und es auszulöschen ...“

Am 23. Mai gab Ägyptens Präsident Gamal Abdel Nasser seine Absicht bekannt, die Meeresstraße von Tirana für den israelischen Schiffsverkehr zu sperren und so Israels lebenswichtige Handelsroute nach Ostafrika und Asien abzuschneiden. Israel erwiderte, dass dies nach internationalem Recht ein Casus Belli, ein kriegerischer Akt, sei.

Am 27. Mai verkündete Nasser: „Unserer Hauptziel wird die Zerstörung Israels sein.“

Am 30. Mai stellte König Hussein von Jordanien die jordanische Armee unter ägyptische Befehlsgewalt. Ägyptische, irakische und saudische Truppen wurden nach Jordanien entsandt.

Am 1. Juni fiel auch das irakische Staatsoberhaupt in das Kriegsgeschrei ein:

„Wir stehen willig, entschlossen und vereint hinter unserem klaren Ziel, Israel auf der Landkarte aus zu radieren.“

Am 3. Juni pries Radio Kairo den bevorstehenden Heiligen Krieg der Muslime.

Am 5. Juni führte Israel, umgeben von zahlenmäßig weit überlegenen, schwer bewaffneten arabischen Armeen, die jeden Moment loszuschlagen bereit waren, einen Präventivschlag aus.

Innerhalb von sechs Tagen besiegte Israel seine Gegner und erbeutete dabei Land an der ägyptischen, jordanischen und syrischen Front.

Israel hatte über seine Verbindungen bei der UNO große Anstrengungen unternommen, König Hussein von der Teilnahme an diesem Krieg mit Argumenten abzuhalten. Anders als Ägypten und Syrien, deren Feindschaft gegenüber Israel damals unüberwindlich schien, hatte Jordanien in aller Stille mit Israel kooperiert und dessen Sorge über die aggressiven Absichten der Palästinenser geteilt. Jahre später bekannte König Hussein öffentlich, dass seine Entscheidung zur Teilnahme am Krieg 1967, in dessen Verlauf er die Territorialherrschaft über die Westbank und Ost-Jerusalem verlor, einer der größten Fehler seiner politischen Laufbahn gewesen sei.

Eine weitere verpasste Chance für den Frieden

Kurz nach dem Sechs-Tage-Krieg deutete Israel die Bereitschaft an, mit seinen arabischen Nachbarn Land gegen Frieden zu tauschen. Israel war zwar nicht bereit, die östliche Hälfte Jerusalems wieder aufzugeben, in der sich die heiligsten Stätten des Judentums befinden. Fast neunzehn Jahre lang war den Israelis – trotz der anders lautenden Regelung im israelisch-jordanischen Waffenstillstandsvertrag – der Zutritt zu diesen Stätten verwehrt worden (während Jordanien Dutzende von Synagogen in der Altstadt schändete). Aber Israel war sehr wohl darauf erpicht, gegen einen umfassenden Friedensvertrag die eroberten Gebiete einzutauschen. Diese Angebote wurden jedoch abgelehnt. Eine unmissverständliche Entgegnung war die Antwort aus Khartum, der Hauptstadt des Sudan, wo arabische Regierungsvertreter am 1. September eine Resolution verabschiedeten, in der sie die drei „Neins“ verkündeten: „Nein zum Frieden, Nein zur Anerkennung, Nein zu Verhandlungen“.

Im November 1967 verabschiedete der Sicherheitsrat der UNO die Resolution 242

Aus dieser Resolution, die in Diskussionen um den arabisch-israelischen Konflikt oft als Basis für eine mögliche Konfliktlösung angeführt wird, wird allerdings häufig ungenau zitiert. Die Resolution betont „die Unzulässigkeit der Aneignung von Territorien durch kriegerische Handlungen und die Notwendigkeit, auf einen gerechten und dauerhaften Frieden hinzuarbeiten, unter dem *jeder* [Hervorhebung d. Autors] Staat in der Region in Sicherheit leben kann“.

Darüber hinaus verlangt sie „den Rückzug der Israelischen Armee aus Gebieten, die während des letzten Konflikts besetzt wurden“, verzichtet dabei aber auf den

bestimmten Artikel vor „Gebieten“. Der damalige amerikanische Botschafter bei der UNO, Arthur Goldberg, betonte, diese Formulierung sei bewusst gewählt worden, um bei einer endgültigen Regelung noch nicht näher spezifizierte Grenzvereinbarungen zu ermöglichen, die den israelischen Sicherheitsbedürfnissen Rechnung tragen würden. Fakt ist, dass das israelische Territorium vor dem Sechstagekrieg von 1967 an der schmalsten Stelle – im Norden seiner größten Stadt Tel Aviv – nur neun Meilen breit war.

Die Resolution enthält außerdem die Forderung nach *„Beendigung aller Gebietsansprüche und kriegerischen Zustände, nach Respektierung und Anerkennung der Souveränität, der territorialen Unabhängigkeit eines jeden Staates in der Region, sowie nach einem Leben in Frieden innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen, frei von jeder Bedrohung oder Gewalttätigkeit“*.

Und nicht zuletzt betont sie „die weitere Notwendigkeit (a) den freien Schiffsverkehr in den internationalen Gewässern der Region zu garantieren; (b) eine gerechte Lösung für das Flüchtlingsproblem zu finden und (c) die territoriale Unverletzbarkeit und politische Unabhängigkeit eines jeden Staates der Region durch wirksame Maßnahmen, die Einrichtung entmilitarisierter Zonen eingeschlossen, zu garantieren“.

Am 22. Oktober 1973 beschloss der Sicherheitsrat der UNO die Resolution 338, die eine Waffenruhe, die Umsetzung der Resolution 242 in all ihren Punkten, sowie die Eröffnung von Verhandlungen zwischen allen beteiligten Parteien forderte. Dieser Beschluss fiel mitten in die Zeit eines weiteren arabischen Angriffs, der am höchsten Feiertag der Juden begann und nach diesem als „Yom-Kippur-Krieg“ in die Geschichte eingegangen ist.

Wenn es um arabisch-israelische Friedensgespräche geht, wird meist diese Resolution 338 gemeinsam mit der Resolution 242 angeführt.

Die Siedlungen sind eine strittige Frage

Zu Recht sind die Siedlungen umstritten – doch wie bei fast allen Problemen im Zusammenhang mit dem arabisch-israelischen Konflikt steckt mehr dahinter, als man auf den ersten Blick erwarten würde.

Als nach dem Sieg Israels im Krieg von 1967 bald deutlich wurde, dass die Araber keinerlei Interesse an Friedensverhandlungen hatten, begann Israel unter sozialdemokratischer Regierung, die Errichtung von Ansiedlungen in den eroberten Gebieten zu fördern. Nach 1977 wurde diese Praxis unter den Likud-Regierungen noch verstärkt.

Wie immer man auch zu den Siedlungen stehen mag, wichtig ist, dass man sich Israels Motive für diesen Schritt vor Augen führt:

- (a) Israel ging von der Annahme aus, dass das Gebiet umstritten war – sowohl Araber als auch Juden erhoben Ansprüche darauf. Und da es in diesem Gebiet keine souveräne staatliche Autorität gab, war Israel ebenso berechtigt sich dort niederzulassen wie die Palästinenser (die nie einen eigenen Staat besaßen).
- (b) In der Westbank hatte es schon lange vor 1948 jüdische Gemeinden gegeben, so wie zum Beispiel in Hebron und Gush Etzion. In beiden Orten verübten die Araber Massaker, bei denen viele Juden den Tod fanden.
- (c) Die Bibel bezeichnet die Westbank als Wiege der jüdischen Zivilisation, und manche Juden, motiviert durch Glaube

und historische Bindung, fanden es wichtig, diese Verbindung endlich wiederherzustellen.

- (d) Die israelische Regierung hielt gewisse Siedlungen in Anbetracht der schwierigen geographischen und insbesondere topographischen Verhältnisse in diesem beengten Areal aus Sicherheitsgründen für nützlich.
- (e) Einige israelische Funktionäre vertraten die Meinung, dass die Errichtung der Siedlungen Fakten schaffen würden, die die Palästinenser unter Zeitdruck setzen, und damit schneller wieder an den Verhandlungstisch zurückbringen würden.

Die Mehrheit der israelischen Bevölkerung war laut Meinungsumfragen zu allen Zeiten dafür, dass man zugunsten eines Friedensabkommens mit den Palästinensern auf jeden Fall auf viele, wenn auch nicht alle, Siedlungen verzichten müsse. Jene inzwischen zu veritablen Städten angewachsenen Siedlungen aber, die sich in der Nähe Jerusalems und entlang der 1967er Grenzlinie befinden, werden vermutlich in jedem Friedensvertrag Israel zugeschrieben werden. Man darf in dem Zusammenhang auch nicht vergessen, dass diese Linie von 1967 auch davor nie eine international anerkannte Grenze gewesen war. Es war nur die Waffenstillstandslinie, die die israelischen Stellungen vom Ende des Befreiungskrieges von 1949 festschrieb.

Die Vereinigten Staaten sind sich dieser heiklen Tatsache wohl bewusst. Erst am 14. April 2004 schrieb Präsident George W. Bush dem israelischen Ministerpräsidenten Ariel Sharon, es sei „unrealistisch zu erwarten, dass das Ergebnis abschließender Verhandlungen ein vollständiger Rückzug auf die Waffenstillstandslinie von 1949 sein wird“.

Mögliche Friedensaussichten

1977 wurde mit Menachem Begin zum ersten Mal in Israel ein Mitglied der rechten Likud-Partei Premierminister. Das hielt aber den Präsidenten Ägyptens, Anwar Sadat, nicht davon ab, noch im selben Jahr seine historische Reise nach Israel anzutreten und vor der Knesset, dem israelischen Parlament, zu sprechen. Ein außergewöhnlicher Friedensprozess wurde dadurch in Gang gebracht – mit all dem Auf und Ab, das schwierige Verhandlungen stets begleitet. Im September 1978 wurde das Friedensabkommen von Camp David vereinbart, das den Rahmenvertrag für eine umfassende Friedensregelung enthielt, unter anderem auch den Vorschlag für eine eingeschränkte Selbstverwaltung der Palästinenser. (Diesen Vorschlag wiesen die Palästinenser zurück.) Sechs Monate später wurde das Friedensabkommen unterzeichnet, und der 31 Jahre herrschende Kriegszustand zwischen Ägypten und Israel fand ein Ende.

Dies war ein großer Augenblick in der Geschichte. Sadat, der fast ein Leben lang zu tiefst anti-israelisch und antisemitisch eingestellt war und der für den Überraschungsangriff Ägyptens (gemeinsam mit Syrien) verantwortlich zeichnete, dieser Mann, der 1973 den Yom Kippur-Krieg entfacht hatte, verbündete sich mit Begin, dem Parteivorsitzenden der wichtigsten rechten Partei Israels, um ein neues Kapitel in den arabisch-israelischen Beziehungen aufzuschlagen. Damit war der Beweis erbracht, dass mit gutem Willen, Mut und mit einer Vision für die Gestaltung der Zukunft alles möglich ist.

Aber in der Folge brachen alle arabischen Länder außer Oman und dem Sudan (dessen Regime damals viel gemäßiger war als heute) die diplomatischen Beziehungen zu Kairo ab, um gegen den Wandel in der ägyptischen Außenpolitik zu protestieren. 1981 wurde Sadat von einem Mitglied des

ägyptischen islamischen Jihad ermordet – einem späteren Anhänger von Osama bin Laden und dessen al-Qaida-Netzwerk.

Israel seinerseits gab die riesige Sinai-Halbinsel auf (mit 60.000 Quadratkilometer mehr als doppelt so groß wie das israelische Kernland), die sich als wichtige strategische Pufferzone zwischen Israel und Ägypten erwiesen hatte. Damit verlor Israel auch wertvolle, von ihm selbst entdeckte Ölfelder, was für ein Land ohne nennenswerte eigene natürliche Ressourcen ein großes Opfer bedeutete. Außerdem wurden wichtige Militärflughäfen, die es dort errichtet hatte, geschlossen und die Siedlungen auf dem Sinai geräumt – letzteres, obwohl Menachem Begin als bedingungsloser Verfechter der Siedlungspolitik galt.

Israel zeigte auf diese Weise seine ungestillte Sehnsucht nach Frieden und seine Bereitschaft, dafür existentielle Risiken einzugehen, Opfer zu bringen und es bewies seine eiserne Entschlossenheit, die Bedingungen des Friedensvertrags zu erfüllen. Wann hätte je in der neueren Geschichte ein anderes Land einen Krieg gewonnen, in dem es um sein Überleben kämpfte, und dann um des Friedens willen auf Land und andere handfeste strategisch wichtige Posten verzichtet?

1994 kam es zu einem historischen Friedensabkommen zwischen Israel und Jordanien

Die Verhandlungen waren viel einfacher als die mit Ägypten, da zwischen Israel und Jordanien bereits gute, wenn auch eher stille Beziehungen bestanden, die auf ähnlich gelagerten nationalen Interessen gegenüber den Palästinensern beruhten. (Auch die Jordanier fürchteten palästinensische Gebietsansprüche.) Wieder bewies Israel seinen tiefen Wunsch nach Frieden und den Willen, alle erforderlichen Maßnahmen zu seiner

Verwirklichung zu ergreifen – darunter auch die Bereitschaft zu Grenzvereinbarungen und zur Unterzeichnung eines Abkommen über gemeinsame Wasserrechte, das von Amman gefordert wurde. Am 26. Oktober 1994 unterzeichneten der israelische Ministerpräsident und König Hussein von Jordanien in Wadi Araba, an der israelisch-palästinensischen Grenze, einen formalen Friedensvertrag. Rabin nannte es „einen Frieden unter Soldaten und einen Frieden unter Freunden.“

Durch das Beispiel Ägyptens und später auch Jordaniens ermutigt, nahmen einige weitere arabische Länder erste Kontakte zu Israel auf. Am weitesten ging dabei Mauretanien, das schließlich als drittes arabisches Land diplomatische Beziehungen zu Israel aufnahm. Marokko, Oman, Katar und Tunesien schreckten zwar vor einer offiziellen Anerkennung Israels zurück, bemühten sich aber trotzdem um politische und wirtschaftliche Verbindungen. Und noch andere arabische Staaten, die vermutlich nicht beim Namen genannt werden möchten, haben auf verschiedenste Weise Kontakte zu israelischen Stellen geknüpft, weigern sich aber zu weiteren Schritten, solange kein endgültiger Friedensvertrag zwischen Israel und seinen sämtlichen Nachbarn abgeschlossen ist.

2000/2001 wurde eine weitere Chance für Frieden von den Palästinensern ausgeschlagen

Als Ehud Barak 1999 Israels Premierminister wurde, verkündete er ein ehrgeiziges Programm. Der linksliberale Staatsmann erklärte, er werde die Politik seiner Vorgänger fortsetzen und versuchen, binnen dreizehn Monaten den historischen Konflikt mit den Palästinensern beizulegen. Er wollte vor allem die Impulse der Madrider Konferenz von 1991 – damals fanden die ersten Friedensgespräche seit dem Abkommen von Camp David statt – wieder aufnehmen und an die Vereinbarungen des

Osloer Vertrags von 1993 anknüpfen. Seine Kompromissbereitschaft um des Friedens erwies sich sogar als weitgehender, als man ihm in Israel zugetraut hatte.

Mit der aktiven Unterstützung der US-Regierung unter Präsident Clinton brachte Barak den Friedensprozess so schnell und weitreichend voran wie irgend möglich. Um einer Einigung willen betrat er hinsichtlich so sensibler Themen wie dem Status von Jerusalem absolutes Neuland. Aber leider Gottes blieben Clinton und ihm der Erfolg verwehrt.

Arafat war zur Mitwirkung an dem Prozess und an seiner wirksamen Umsetzung nicht bereit.

Statt die Verhandlungen voranzutreiben, die zur Gründung des ersten palästinensischen Staats mit einer Hauptstadt in Ostjerusalem geführt hätten, verließ er den Verhandlungstisch. Zuvor hatte er den absurden Versuch unternommen, Präsident Clinton davon zu überzeugen, dass es keinerlei historische Bindung zwischen den Juden und Jerusalem gäbe, und die Forderung nach einem so genannten „Rückkehrrecht“ für palästinensische Flüchtlinge und all ihre Nachkommen erhoben, die wie ein Bombenanschlag einschlug.

Mit Sicherheit war sich Arafat völlig der Tatsache bewusst, dass diese Forderung zum sofortigen Abbruch der Verhandlungen führen musste, da keine israelische Regierung jemals der Ansiedlung von Millionen Palästinensern zustimmen würde, die die völlige Aushöhlung des jüdischen Charakter ihres Staates nach sich ziehen würde.

Tragischerweise erwies sich Arafat als unfähig, als unwillig oder als beides, den Friedensprozess am Verhandlungstisch voranzutreiben. Stattdessen kehrte er zu einem altbekannten Muster zurück:

Dann und wann über Frieden reden, ununterbrochen aber den Terrorismus ermutigen.

Arafat wusste, dass die Bilder in den Medien für ihn arbeiteten: schwer bewaffnete israelische Truppen auf der einen Seite und vermeintlich wehrlose Palästinenser oder gar deren Kinder, die zynischerweise in die Frontlinien vorgeschickt werden, auf der anderen. So würde Israel in der Rolle des Aggressors und Unterdrückers erscheinen, die Palästinenser dagegen als unterdrückte Opfer.

Er rechnete damit, dass es nicht lange dauern würde, bis die arabische Welt Israel zornentbrannt öffentlich anprangern würde, die blockfreien Länder sich ihnen pflichtbewusst anschließen und die Europäer den Israelis noch mehr Zugeständnisse abringen würden, um die Palästinenser zu beschwichtigen. Internationale Menschenrechtsgruppen würden Israel unverhältnismäßiger Gewaltanwendung bezichtigen, und die Welt, von einem Ultrakurzzeitgedächtnis geplagt, würde schon vergessen haben, dass der Führer der Palästinenser gerade erst die einmalige Chance zu einem Friedensabschluss zurückgewiesen hatte.

Mit dieser Kalkulation lag Arafat nicht ganz daneben. Ein großer Teil der Weltpresse, viele europäische Regierungen und die Mehrheit der Menschenrechtsgruppen spielten ihm in die Hände. Erst nach seinem Tod im Jahr 2004 wurde es einigen von ihnen – wenn auch nicht allen – klar, dass sie von diesem gerissenen, korrupten Politiker hinters Licht geführt worden waren. Unerklärlicherweise hatten sie sich entschieden, ihm zu vertrauen – wenn nicht sogar ihn zu verklären.

Außerdem nahm Arafat wahrscheinlich an, Washington werde eines Tages unter dem Druck Ägyptens und Saudi-Arabiens – zweier Länder, die eine wichtige Rolle in der amerikanischen Außenpolitik spielen

– und der Europäischen Union eine härtere Linie gegenüber Israel einschlagen. Und schließlich liebäugelte er auf lange Sicht mit der Möglichkeit, dass Israel, ein Land der Ersten Welt, allmählich des ewigen Kampfes und der täglichen Blutopfer unter Soldaten und Zivilisten müde werde und dass es den ständigen psychischen Belastungen – von den ökonomischen ganz zu schweigen – sowie seiner möglicherweise zunehmenden internationalen Isolation nicht standhalten werde.

Aber diesmal hatte er sich gründlich verrechnet. Israel wurde nicht müde, Israel blieb standhaft. Und die USA blieben an seiner Seite. Sie behandelten Arafat so, wie er es verdiente, und führten keine Verhandlungen mehr mit ihm.

Was soll Israel denn in den Augen der Welt tun, um die Sicherheit seiner Bürger zu garantieren? Was täten andere Staaten in einer solchen Situation?

Vielleicht werden die jüngsten Bombenattentate in Großbritannien, Ägypten, Indonesien, Marokko, Russland, Spanien, Tunesien, in der Türkei und den Vereinigten Staaten der Welt dazu verhelfen, den wahren Charakter der terroristischen Bedrohung, mit der Israel so lange schon konfrontiert ist, zu begreifen. Vielleicht wird sie dann auch die Hintergründe für Israels unnachgiebige Antwort auf diese Bedrohung verstehen.

Unnachgiebig ist sie zwar, aber zugleich auch maßvoll. Denn Tatsache ist, dass Israel in Hinblick auf seine militärische Stärke den Palästinensern sehr viel härtere Schläge versetzen könnte, aber sich aus vielerlei diplomatischen, politischen, strategischen und humanitären Erwägungen entschieden hat, darauf zu verzichten.

Jenin ist ein ausgezeichnetes Beispiel. Als im Jahr 2002 israelisches Militär in diese Stadt in der Westbank einrückte, sprachen palästinensische Wortführer sofort von einem „Massaker“. Dabei hatte Israel gerade in der Absicht, zivile Opfer auf palästinensischer Seite zu vermeiden, eine äußerst riskante Methode für die Durchsuchung der Stadt nach Unterschlüpfen für Terroristen gewählt. Das Ergebnis war, dass Israel 23 Todesopfer unter den Soldaten zu beklagen hatte, während ungefähr fünfzig bewaffnete Palästinenser getötet wurden. Die israelische Armee hätte Jenin auch aus der Luft angreifen können, so wie Kampfflugzeuge der NATO 1990 Belgrad bombardierten; aber eine solche wahllose Tötung von Zivilisten wollte Israel unter allen Umständen vermeiden.

Es ist interessant, dass viele der westlichen Staaten, die immer als große Kritiker an Israels Taktik im Kampf gegen den Terrorismus auftraten, nun dieselben Methoden anwenden – und zwar einschließlich verstärkter Aufklärung, Überwachung, Infiltration und Prävention.

Schaut man sich die geballte globale Kraftanstrengung gegen den Terrorismus an, sieht es nicht gerade so aus, als „Zurückhaltung“, „Dialogbereitschaft“, „Kompromissfähigkeit“ und „Verständnis“ derzeit zu den Methoden gehören, mit denen man unseren Angreifern beizukommen gedenkt. Das ist ja auch richtig so, nur: vor nicht allzu langer Zeit empfahl die internationale Gemeinschaft der israelischen Regierung eben genau diese Methoden für den Umgang mit der terroristischen Gefahr.

Trotz Israels militärischer Überlegenheit versteht man in Jerusalem sehr genau, dass es nicht um einen Konflikt geht, der allein auf dem Schlachtfeld gelöst werden könnte. Einfacher gesagt: Keine der beteiligten Parteien wird mehr aus der Geschichte verschwinden. Dieser Konflikt kann nur

am Verhandlungstisch beigelegt werden – vorausgesetzt, den Palästinensern wird endlich klar, dass sie ein halbes Jahrhundert und zahlreiche Chancen zur Gründung ihres eigenen Staates vertan haben – eines Staates an der Seite, nicht an der Stelle Israels.

Die wohl am heftigsten umstrittene Maßnahme der israelischen Politik ist der Verteidigungs- oder Sicherheitszaun, der von Gegnern fälschlicherweise als „Mauer“ bezeichnet wird.

Drei Dinge gilt es in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen: Erstens hat der Zaun nachweislich die Möglichkeiten für palästinensische Terroristen, in israelische Städte einzudringen und dort verheerende Schäden anzurichten, dramatisch eingeschränkt. Zweitens war der Bau dieses Zauns *ausschließlich* eine Reaktion auf die andauernde terroristische Aktivität; allein in den letzten fünf Jahren versuchten palästinensische Gruppen und Einzelpersonen schätzungsweise 25 000 Mal, israelische Bürger gewaltsam anzugreifen. Und drittens können solche Zäune jederzeit verschoben und sogar abgebaut werden, aber das Leben unschuldiger Terroropfer bleibt für immer verloren.

Gaza ist ein Testfall für die Absichten der Palästinenser.

Der israelische Abzug aus Gaza, ein Projekt von Premierminister Ariel Sharon, könnte nicht nur einen neuen Anfang für den Friedensprozess bedeuten. Er gibt zugleich den Palästinensern unter der Führung des Präsidenten der Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas, die historische Gelegenheit zur Selbstverwaltung. Werden sie nun endlich mit dem Aufbau einer friedlichen Zivilgesellschaft beginnen, ohne die in der Vergangenheit so weit verbreitete Korruption, Gewalt und Anarchie? Oder wird aus Gaza

ein gesetzloser Ort werden, der in erster Linie Terroristen und ihren Anhängern als Unterschlupf dient? Werden die Palästinenser es schaffen, einen normalen, friedlichen Staat an der Seite Israels zu errichten, oder wird Gaza für sie nur eine neue Plattform sein, von der aus sie Raketen abfeuern und Terroranschläge auf das benachbarte Israel planen können?

Der entscheidende Test für die Führungsqualitäten von Präsident Abbas wird sein Umgang mit den terroristischen Gruppen sein, die innerhalb der palästinensischen Gesellschaft aktiv sind. Die neue palästinensische Führung hat die Angriffe dieser Gruppen bei Gelegenheit verurteilt, ist aber selten mit Entschlossenheit gegen sie vorgegangen und hat nie versucht, sie zu entwaffnen. Wenn an dieser Front nichts geschieht, wird es wohl auch im Friedensprozess kaum Fortschritte geben. Darüber hinaus wird die Autonomiebehörde ihre Autorität niemals behaupten können, wenn bewaffneten Gruppen der Luxus eingeräumt wird, einerseits als politische Gruppierungen und andererseits gleichzeitig als paramilitärische Einheiten aufzutreten.

Insbesondere die Hamas und der Islamische Jihad, die die USA und die Europäische Union zu den radikalen Gruppen unter den gelisteten terroristischen Organisationen zählen, können in den von Palästinensern kontrollierten Gebieten fast völlig strafflos operieren. Hinzu kommt verstärkt auch die Hizbollah. Alle drei Gruppen werden übrigens durch technische und finanzielle Hilfe vom Iran und von Syrien unterstützt.

Und es gibt noch einen weiteren wichtigen Punkt. Wenn die Autonomiebehörde es sich nach dem Osloer Abkommen von 1993 zur Aufgabe gemacht hätte, Werte wie Toleranz und friedliche Koexistenz in den Lehrplänen für die palästinensischen Schulen zu verankern, dann hätte die Generation junger

Selbstmordattentäter, deren Zeuge wir in den letzten Jahren wurden, vielleicht anders gehandelt. Stattdessen wurde den jungen Palästinensern jedoch eine geistige Kost verabreicht, die sie zu Hass, Verleumdung und Dämonisierung von Judentum, Israel und Zionismus anstachelt. Sie wurden zu dem Irrglauben verführt, es gebe für einen Araber und gläubigen Moslem keine höhere Berufung als ein so genannter Märtyrer zu werden. Erreichen können sie dieses Ziel allein durch die Ermordung möglichst viele jener verabscheuungswürdiger Juden, die von so manch einem Wortführer regelmäßig als „Söhne von Affen und Schweinen“ bezeichnet werden.

Solche Lehren werden begleitet von Hasspredigten in den Moscheen beim Freitagsgebet, von der Verbreitung antisemitischer Bücher wie „Mein Kampf“ und den „Protokollen der Weisen von Zion“ und von palästinensischen Medien, die sich in Volksverhetzung üben. Erst wenn die palästinensischen Schulen, Medien und Moscheen ihre antisemitische und antizionistische Hetze endlich einstellen, werden die Möglichkeiten für einen dauerhaften Frieden wachsen.

Und obwohl die Palästinenser etwas anderes behaupten, gibt es nichts Vergleichbares, das aus Israel käme. Wenn einzelne israelische Bürger sich einer extremen Sprache bedienen oder extremistische Taten begehen, werden sie von der Gesellschaft verurteilt und nicht heroisiert.

Israel ist eine Demokratie, und denkt und handelt wie eine Demokratie

Dies fällt angesichts der Situation, mit der Israel konfrontiert ist, nicht immer leicht. Aber während Israel aus der westlichen Welt ständig eine gehörige Portion Kritik an seinen angeblich unangemessenen Methoden zu verkraften hat, verstehen die

Palästinenser, ihrer schrillen Rhetorik zum Trotz, die demokratischen Werte und das demokratische Rechtssystem Israels sehr gut, und glauben, darin die Achillesferse Israels erkannt zu haben.

Auch wenn sie es nicht öffentlich zugeben, wissen die Palästinenser, dass das demokratische System der israelischen Politik Zurückhaltung auferlegt und Grenzen setzt.

Sie wissen, dass Israel ein Mehrparteiensystem hat und dass diese Parteien sich voneinander unterscheiden müssen, um im Wahlkampf erfolgreich zu sein. In der Tat repräsentieren die israelischen Parteien das gesamte politische Spektrum – von Linksaußen bis Rechtsaußen, von säkularen bis zu religiösen Weltanschauungen, von russischen Juden bis zu israelischen Arabern. Übrigens beanspruchen letztere derzeit etwa zehn Prozent der Sitze in der Knesset (und einige dieser Parlamentarier haben sich im jetzigen Konflikt offen an die Seite von Israels Feinden gestellt).

Sie wissen, dass in Israel die öffentliche Meinung Gewicht hat und die Politik tatsächlich beeinflussen kann.

Sie wissen, dass Israel über eine neugierige, investigative und freie Presse verfügt.

Sie wissen, dass Israel ein unabhängiges Rechtssystem besitzt, das im Leben der Nation einen hoch respektierten Status hat. Die Justiz hat nie gezögert, Verfügungen der Regierung oder sogar des Militärs aufzuheben, wenn sie der Meinung war, sie widersprächen dem Geist oder Buchstaben der israelischen Gesetze.

Sie wissen, dass Israel über eine blühende Zivilgesellschaft verfügt, deren zahlreiche Menschenrechtsorganisationen sich durch ihrer Objektivität und Unparteilichkeit auszeichnen.

Sie wissen, dass Israel Glaubensfreiheit für alle religiösen Gemeinschaften garantiert und sogar so weit gegangen ist, den Juden das Gebet auf dem Tempelberg, einer der heiligsten Stätten des Judentums, zu untersagen. Der Grund dafür war allein die Vermeidung von Spannungen mit moslemischen Gläubigen in jenen beiden Moscheen, die erst viel später dort errichtet worden sind. Und seit dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 hat Israel die Oberhoheit über das Areal an die religiöse Oberinstanz der Muslime, den *Waqf*, abgegeben.

Kann sich irgendjemand vorstellen, dass den Juden in einem arabischen Land ähnliche Zugeständnisse gemacht würden?

Sie wissen, dass Israel sich den Grundwerten der jüdischen Tradition verpflichtet fühlt und viel Wert auf ethisches und moralisches Handeln legt, selbst wenn es manchmal diesem Anspruch selbst nicht gerecht wird.

Alles in allem wissen die Palästinenser, dass Israel sich selbst Zurückhaltung auferlegt, gerade weil es ein demokratischer Staat ist, dessen Regierung letztendlich immer der Bevölkerung Rechenschaft schuldet.

Wenn doch nur der Nahe Osten dem amerikanischen Mittleren Westen ähneln würde!

Würde das nicht Gutes verheißen für eine friedliche Konfliktlösung und für regionale Kooperation? Wann hat zum letzten Mal in der Geschichte ein demokratisches Land ein anderes militärisch angegriffen? Leider ist aber die Demokratie ein allzu seltener Rohstoff im Nahen Osten.

Die Palästinenser haben gesehen, wie Syriens letzter Präsident, Hafez el-Assad, mit islamischen Fundamentalisten umging: Er tötete schätzungsweise 10.000 bis 20.000 ihrer Anhänger in Hama und machte die

Stadt – eine unmissverständliche Botschaft an andere Fundamentalisten im Land – dem Erdboden gleich.

Sie haben gesehen, wie Saddam Hussein im Irak mit den Kurden umging: Er setzte Giftgas ein, um Tausende von ihnen zu töten und hunderte ihrer Dörfer zu zerstören.

Sie haben gesehen, wie Kuwait auf die Parteinahme der Palästinenser für Saddam Hussein im Golfkrieg reagierte: 300.000 wurden von einem Tag auf den anderen des Landes verwiesen.

Sie haben gesehen, wie Saudi-Arabien auf die jemenitische Unterstützung Saddam Husseins in demselben Krieg reagierte: Über Nacht verwies Saudi-Arabien schätzungsweise 600.000 Jemeniten des Landes.

Und sie haben auch gesehen, wie Ägypten mit den Islamisten im eigenen Land in den 90er-Jahren umging – still und heimlich, ohne dass die Medien davon erfahren hätten. Tausende dieser Radikalen waren nach wenigen Jahren nicht mehr am Leben oder sie wurden ohne angemessenes Gerichtsverfahren ins Gefängnis gesteckt.

Die Palästinenser rechnen fest damit, dass Israel diesen Beispielen nicht folgen wird. Das ist Israels Stärke als Demokratie, doch es zahlt für diese Stärke einen hohen Preis. Die Palästinenser versuchen sie zu ihrem Vorteil auszunutzen. Doch ihnen ist dabei ein fundamentaler Fehler unterlaufen – sie haben den Überlebenswillen Israels unterschätzt.

Die Israelis wünschen sich verzweifelt Frieden. Frieden um jeden Preis ist jedoch kein Frieden.

Die Israelis wollen nicht länger Angst vor Bomben in Bussen oder in Einkaufszentren haben. Sie wollen nicht länger ihre Kinder

begraben müssen, die Terroranschläge oder militärischen Auseinandersetzungen zum Opfer gefallen sind. Kurzum: Sie wollen alle ein normales Leben führen. Und sie haben bei ihrer Suche nach Frieden wieder und wieder die Bereitschaft bewiesen weitreichende – manchmal sogar riskante – Kompromisse einzugehen.

Sie haben allerdings auch aus den schmerzlichen Lektionen der Geschichte gelernt. Frieden ohne sichere und wehrhafte Grenzen kann einem nationalen Selbstmord gleichkommen. Und wer weiß besser als die Bürger Israels – und unter ihnen sind Überlebende des Holocaust, Flüchtlinge aus kommunistischen Ländern und jene, die vor dem arabischen Extremismus flohen –, wie gefährlich es sein kann, seine Wachsamkeit zu rasch und allzu bereitwillig aufzugeben.

Sollen die Israelis einfach die Appelle des Iran zur Auslöschung Israels und sein Verlangen nach Massenvernichtungswaffen überhören? Soll Israel die Gastfreundschaft Syriens für Terroristen, denen es um die Vernichtung Israels geht, ignorieren? Oder die Arsenalen der Hizbollah im südlichen Libanon mit tausenden Kurzstreckenraketen, die dazu taugen, die ganze Nordhälfte Israels zu bombardieren? Oder die blutrünstigen Aufrufe zu Selbstmordattentaten auf Israel, wie sie in Gaza und in der Westbank zu hören sind?

Die Welt ist nie besonders freundlich mit den Naiven, Leichtgläubigen und Verblendeten umgesprungen. Obwohl es damals bezweifelt wurde: Hitler meinte genau, was er sagte, als er *Mein Kampf* schrieb. Saddam Hussein meinte genau, was er sagte, als er darauf bestand, dass Kuwait eine Provinz des Irak sei, und Osama bin Laden meinte ebenfalls genau, was er sagte, als er im Jahr 1998 dazu aufrief, so viele Amerikaner wie möglich zu töten.

Israel liegt in einer besonders unsicheren Region. Um zu überleben, musste es militärisch wie auch am Verhandlungstisch mutig sein – und es hat beide Prüfungen glänzend bestanden.

Im Falle Israels geht es um viel mehr als um einen Konflikt und seine Lösung.

Wenn die Weltöffentlichkeit sich mit dieser Region beschäftigt, richtet sich die Aufmerksamkeit meistens auf Krieg, Gewalt und Terror. Aber es gibt auch noch ein anderes Israel, das nur von denen wahrgenommen wird, die das Glück haben, dieses Land zu besuchen und es mit ihren eigenen Augen anzuschauen.

Israel ist ein unglaublich lebendiges und dynamisches Land. Es ist gleichzeitig uralte und hochmodern. Es ist die Heimat von Nobelpreisträgern der Literatur und der Chemie, von Olympiasiegern, Konzertpianisten und populären Rap-Stars. In Israel gibt es, im Verhältnis zur Einwohnerzahl, mehr Wissenschaftler und Ingenieure als überall

sonst auf der Welt. Kaum irgendwo werden so viele Zeitungen und Bücher gelesen wie hier. Die Zahl der Hightech-Unternehmen und der Patente ist für ein Land mit sechs Millionen Einwohnern erstaunlich groß. Von seinen Fortschritten und Neuerungen auf den Gebieten der Medizin, der Technik, Kommunikation und der Landwirtschaft haben nicht nur seine eigenen Bürger profitiert, sondern auch Millionen von Menschen auf der ganzen Welt.

Das nächste Mal, wenn Sie einen Chat-Room im Internet betreten, ein Handy oder Voice Mail benutzen, mit Color Imaging, einem Pentium-Prozessor, mit CAT-Scan oder MRI arbeiten – oder wenn Sie mitten in der Wüste eine blühende Farm sehen, dann können Sie davon ausgehen, dass Israel an alledem nicht ganz unbeteiligt ist.

Je mehr man weiß, desto besser versteht man Israel.

David Harris
September 2005

**The American Jewish Committee Berlin Office
Lawrence & Lee Ramer Center for German-Jewish Relations
Mosse Palais · Leipziger Platz 15 · 10117 Berlin
Tel. (030) 22 65 94-0 · Fax (030) 22 65 94-14 · www.ajc.org**